

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anzeigenteil
und Beamten, K.-S., Dresden.
Gebrüder Umbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen sportlicher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gerichte, bei der Besichtigung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Arbeit, Kunst“, außerdem „Rat und Zeit“ monatlich 2,30 RM. einschließlich Frangobonus. Vierteljahr 1,80 RM. zusätzl. Post- u. Anzeigengeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Druckleistung: Zeitungsverlag 10, Herrnhuter Str. 20 201, Dresden. Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Zeitungsverlag 10, Herrnhuter Str. 20 201 u. 13 707. Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 30 Pf., die 50 mm breite Reklamazeile 2 RM., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 RM. abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Verlosungsanzeigen 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzeiler, 10 Pf.

Nr. 48

Dresden, Freitag, den 26. Februar 1932

43. Jahrgang

Weg mit den Kirdorff und Ziffen

SPD. fordert Sozialisierung

Für Verstaatlichung der Montanindustrie - Goldprämienanleihe für Kleintwohnungsbau und Arbeitsbeschaffung - Verbesserungen bei der Sozialversicherung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte im Reichstag eine Anzahl Anträge von der größten Bedeutung ein. In einem dieser Anträge wird eine Verstaatlichung der Montanindustrie gefordert, in einem anderen die Auslegung der Goldprämienanleihe, deren Erlös zum größten Teil für den Kleintwohnungsbau verwendet werden soll. Dann wird eine Abänderung der wohnungswirtschaftlichen Bestimmungen der Mietverordnung zugunsten der Mieter gefordert, auch werden Verbesserungen bei der Sozialversicherung verlangt.

Es wird besonders interessant sein, wie sich die Nationalsozialisten bei der Behandlung dieser Anträge verhalten werden.

Vorausichtlich werden sie sich wieder drücken, wie sie das bisher ja immer getan haben, wenn im Reichstag sachliche Arbeit geleistet werden soll. Besonders unangenehm für sie ist ja der Antrag auf Verstaatlichung der Schwerindustrie. Selbstverständlich können sie nicht dafür stimmen, denn sonst würden ja ihre schwerindustriellen Geldgeber erzürnt werden. Aber es wird immerhin für sie peinlich sein, wenn ihnen wieder einmal die Maske vom Gesicht gerissen und benommen wird, daß bisher noch nicht begriffen haben, gezeigt wird, welche unverhüllten Betrugsmanöver es ist, daß sie das Wort Sozialismus in ihrem Firmennamen führen. Wir werden auf die sozialdemokratischen Anträge noch näher eingehen.

tuschungsversuch, der den wahren Zweck dieser Ernennung verhüllen soll.

Die braunschweigische Regierung muß sich sagen lassen, daß diese Ernennung nicht einen legalen Regierungsakt darstellt, sondern eine Schiebung, und daß der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Hitler — man mag aus Opportunitätsgründen darüber denken wie man will — nicht auf ordnungsmäßigem, jeder rechtlichen Untersuchung sichhaltigem Wege zustande gekommen ist. Die Kandidatur des sozialistischen Kandidaten gegen die Reichsverfassung beginnt also mit einer Schiebung, die einen eklatanten Rechtsbruch, eine Verletzung der Einbürgerungsbestimmungen und eine Verletzung des verfassungsmäßigen Grundgesetzes der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz darstellt. Mit einem Wort: Die Kandidatur des Staatsreichskandidaten wird eingeleitet mit einem Putz gegen das Recht!

Aber dieser Putz gegen das Recht ist zugleich ein Putz gegen das Ansehen Hitlers. Das soll nun der Einbürgerungsmodus sein, der eines deutschen Frontsoldaten würdig ist, würdiger als das einfache ordnungsgemäße Gesuch um Einbürgerung! Dieser lächerliche, sich wochenlang hinziehende Kuhhandel vor und hinter den Kulissen, bei dem das Objekt des Kuhhandels von seinen eigenen Unterführern bald in diese, bald in jene Position gestoben und gejerrt wurde, so daß ein jeder in Deutschland erkannt hat, daß dieser „große Führer“ in seiner eigenen Partei nichts mehr zu sagen hat, sondern nur noch der Popanz ist, der immer nur dort steht, wo ihn eine Clique hineinstoßen hat, geist den „großen Führer“ in Unterhosen! Und zu allem hinzu der lächerlich-feierliche Schwur, daß Hitler mit allem Nachdruck bemüht sein werde, den Sündenfall der braunschweigischen Wirtschaft zu wischen — aus sozialer Rücksicht, insofern die Wirtschaft zu wischen ist noch kein Präsidentenwahlkandidat hervorgegangen!

Sozialdemokratischer Oberbürgermeister in Brandenburg. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und gegenwärtige Kammerer in Rathenow, Paul Sgillat, wurde am Donnerstag von der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung mit 22 gegen 4 Stimmen zum Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg gewählt.

Der neueste Parteibuchbeamte

Hitler durch Schiebung zum Regierungsrat befördert!

D. Es ist erreicht! Adolf Hitler hat es nach mancherlei Versuchen zum Regierungsrat in Braunschweig gebracht! Die Schaffung dieser Stelle für ihn war nicht ganz leicht, und die Art und Weise, wie die braunschweigische Regierung der Öffentlichkeit die längst erwartete Schiebung mitzuteilen hatte, war dementsprechend nicht einfach. Diese Mitteilung ist ein kostbares Dokument. Aus jeder Zeile leuchtet das schlechte Gewissen über die Schiebung und die mangelnde Ernsthaftigkeit dieser Anstellung hervor. Hier ist dies Dokument:

„In Übereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die braunschweigische Staatsregierung Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen und wird ihn bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigen, wo er ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs in weitestem Umfang tätig zu sein. Diese Lösung schließt jeden Zweifel an dem ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung aus, Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er ausübend für das Land ausüben kann. Es liegt die Erklärung Hitlers vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.“

Erst wollte er nicht, und dann mußte er doch. Wir sehen Herrn Adolf Hitler schon, wie er mit der Aktenmappe unter dem Arm als eine Art Syndikus braunschweigischer Industriellen bei den preussischen Zentral- und Provinzialbehörden und bei den einschlägigen Reichsbehörden antichambrieren wird, um mit allem Nachdruck die wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig wahrzunehmen! Das wird keine ganz leichte Aufgabe sein; denn wenn wir bedenken, aus wieviel hundert Gebietsplättchen sich das Land Braunschweig zusammensetzt und wie die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Plättchen verflochten sind mit den umgebenden preussischen Gebieten, so sehen wir keine Möglichkeit, überhaupt festzustellen, was denn nun überhaupt die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft sind. Ebenfalls könnte jede beliebige deutsche Stadt mit weniger als 500 000 Einwohnern eine besondere Vertretung zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Berlin errichten, und das mit noch größerem Recht als das Land Braunschweig. Die Begründung zu der Schaffung einer ausgeprägten Parteibuchstelle für Hitler ist nur für die Dummen berechnete, die von Verwaltung keine Ahnung haben. Die Konsequenz einer ernsthaften Ernennung Hitlers und einer ernsthaften Amtsausübung müßte überhaupt der Verzicht auf die Fiktion

der Nationalsozialistischen Partei sein. Aber es bedarf solcher Erörterungen nicht. Vor wenigen Tagen erit hat die braunschweigische Regierung erklärt, daß sie am 1. April die Gesandtschaft in Berlin auflösen werde. Angesichts dieser Erklärung ist jede Defamation über den ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung, Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er ausübend für das Land ausüben könne, nichts als ein erbärmlicher Versuch

Der Riß im Bürgertum

Brüning gegen rechts

Abrechnung mit dem vaterlandslosen Nazi-Rosenberg

Berlin, 25. Februar.

Der dritte Tag des Redekampfes im Reichsparlament erlebte zuerst den überlegenen Spott des Bräulens Reich, Führers der Bayerischen Volkspartei, gegen die Nationalsozialisten. Politisch wichtig ist sein Bekenntnis, daß das deutsche Volk sich eine Diktatur nicht gefallen lassen werde.

Der Reichskanzler Brüning holte dann zu einer großen anderthalbstündigen Rede aus. Er war diesmal nicht in allen Parteien glücklich. Offenbar überarbeitet, ließ er sich durch den Lärm der Nationalsozialisten mehr beeindrucken als gut war. Allerdings übertrugen die Tobsuchtsanfälle der Rechtsradikalen alle Grenzen.

Der Reichskanzler ging von der außerordentlich gespannten Weltlage aus. Es sei die gleiche Nervenanspannung wie im Kriege. Deutschland müsse seine Außenpolitik ohne Rücksicht auf innerpolitische Agitation folktüchtig betreiben. Den Salbrunnen Rosenberg, der kaum Deutscher geworden, sich zum außenpolitischen Führer emporzuschwingen will, packte der Reichskanzler mit erfreulicher Härte an. Sowohl ihm wie dem Deutschnationalen v. Freytag-Loringhoven, im Kriege russischer Offizier, wies er ganze Serien von gemissenen und leichtfertigen Behauptungen nach. Beiläufig wurde es für die Nationalsozialisten, als Brüning mit den Enthüllungen betrauschte, daß der nationalsozialistische Vorposten in Genf, Herr von Epp, dieselbe Abstrichsbrede Brünings gegenüber der Auslandspresse gelobt habe, die in der nationalsozialistischen Presse heruntergerissen worden sei. Wirtschaftspolitisch sagte der Kanzler Angriffe auf die Tarife

für Gas und Elektrizität, Preisbeibehaltung des jetzigen Brotpreises und Schluß mit der Deflationspolitik zu. Die Währung müsse stabil bleiben. Dazu sei aber Staatsausgleich in Reich, Ländern und Gemeinden notwendig. In dem Gefühl, daß die Mittwochrede des Reichswehrministers stark verbesserungsbedürftig sei, erläuterte der Reichskanzler den Reichswehrverlaß gegenüber den Nationalsozialisten so:

Er wolle nicht, daß gegenüber den Nationalsozialisten eine Politik des Sozialistenanwerkes gemacht werde. Man dürfe den Versuch der Führer, die Nationalsozialisten auf den Boden der Legalität zu bringen, nicht von vornherein zurückweisen. Wenn sich aber aus dem Reichswehrverlaß Mißbräuche ergäben, würden unbedingt die Konsequenzen gezogen werden.

In einem heftigen Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten gab der Kanzler auf die Frage Antwort, wo er am 9. November gemessen sei. Man erinnere sich, daß Brüning damals als Hauptmann an der Front stand. Er sagte am Donnerstag, damals habe er der Gruppe des Generals Winterfeld angehört, die zur Niederwerfung der Revolution eingesetzt werden sollte. Darob großes Gella bei den Kommunisten! Triumpfbierendes Grinsen und Fingerzeigen auf die Sozialdemokraten! Sonderbare revolutionäre Paroxysmen, diese Herren von der SPD! Was verlangen sie eigentlich von einem Zentrumsmann? Erwarteten sie, daß der dem Zentrum angehörige kaiserliche Hauptmann sich an die Spitze eines Arbeiter- und Soldatenrats stellte? Und wie viele, die heute in den Reihen der SPD, Schwadronieren, waren 1918 nicht Gegner der Revolution! Daß das Zentrum keine